



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/25

30. Januar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Marschall Bulganins Ernennung	S. 1
Friedensaktion aus dem Norden	S. 3
Innenminister und Meinungsfreiheit	S. 4
Logik à la Goebbels - Glosse	S. 4
Kriegsmaterial aus der Ostzone	S. 5

Eisenhewers Gegenspieler

-x. Zur gleichen Zeit, da General Eisenhower auf dem Trip durch Westeuropa seine imaginären Divisionen addiert, verlautete aus der Sowjetunion, dass Marschall Bulganin zum "Chef der Operationen an der Atlantikfront" ernannt worden sei. Die Generalstäbe formieren sich? Nein, denn das ist im Osten seit langem geschehen - Rokossowski hat den Oberbefehl über den sowjetischen Nordflügel in Polen und Konjew befehligt das Südende der Klammer um Deutschland in der Tschechoslowakei. Die Ernennung Bulganins ist nur eine neue Phase im lauwarmer Krieg. Seine Aufgabe ist die politisch-strategische Zermürbung der gegnerischen Front, die Aufspaltung der Koalitionen der Parteien und Nationen mittels der "vierten Waffe" und der "fünftens Kolonne".

Bulganin ist kein Berufsoffizier, sondern Textilarbeiter, Berufsrevolutionär und bis 1922 Angehöriger der berücktigten Tscheka, der Vorläuferin der GPU und des jetzigen MWD (der Gestapo). Sein organisatorisches Talent und seine rücksichtslose doktrinaire Einstellung befähigten ihn, nacheinander Direktor eines Elektro-Werkes, der Staatsbank, Oberbürgermeister von Moskau, stellv. Ministerpräsident der UdSSR und 1941 Mitglied des Kriegsrates zu werden. In seinen Händen lag die operative Leitung der Abwehrkämpfe um Moskau und nachher der ganzen Sowjetunion, womit er praktisch das sowjetische Kriegskabinett beherrschte. Vom Zivilisten sprang er in den Generals-Rang, bis ihm 1943 als "Chef der Zentrale" die politische Führung der

Roten Armee und ihrer Nachrichtenabteilung übergeben wurde. Dieser "Marschall des Politbüros" hat seine Prüfung auf der sowjetischen Kriegsakademie noch 1945 in Stalins Gegenwart nachgeholt, seine Ernennung zum Marschall erfolgte 1947.

Wenn die Meldung des "Daily Telegraph" über die jetzige Ernennung des Marschalls Bulganin zutrifft, so kann gerade die damalige Prüfungsaufgabe des Kandidaten Bulganin und seine Auffassung über "Krieg und Frieden in der Periode des Ultra-Imperialismus", über die Kyrill Kalinow in seinem Buch "Sowjetmarschälle haben das Wort" berichtet, interessante Einblicke in seine Aufgaben und Ziele geben. Denn Bulganin bezeichnet die kommende Auseinandersetzung als politisch-militärischen Krieg, in dem der Propaganda eine Bedeutung zukomme, die den Kanonen, Panzern und Flugzeugen nicht nachstehe. Sie habe die Aufgabe, "konstruktiv" die eigene Armee zusammenschweißen und "destruktiv" das gegnerische Rückgrat, die bedingungslose Disziplin zu brechen, die Moral der Soldaten zu untergraben, den inneren Zusammenhalt der Armee und die Gemeinsamkeit feindlicher Koalitionen zu zerstören.- Das klassische Gesetz, die Überlegenheit zur See garantiere den Sieg, habe gegolten, solange sich Deutschland und Russland gegenseitig neutralisierten. In einem kommenden Kriege aber sei das nicht mehr der Fall. Der ganze europäische Kontinent würde geschlossen mit der SU zusammenstehen.

Die letzte "Einheit Europas mit der SU" war schon z.Zt. der Abfassung dieser Thesen eine Fiktion. Sie ist in der Zwischenzeit fast in eine Einheit gegen die SU umgeschlagen, sichtbar seit den Tagen der Berliner Luftbrücke, über die Molotow als Verfechter dieser Thesen Bulganins in Ungnade fiel und Bulganin mit ihm. Nun hat der Mann, dem es gelang, über sein Streben nach der Beherrschung ganz Deutschlands (Weg: Einheitspartei, Eroberung Berlins, deutsche Einheit) Ost und West auseinanderzumanövrieren, die Aufgabe erhalten, den Wert seiner ersten These unter Beweis zu stellen und auch die Einheitsfront der Parteien und Nationen des Westens gegen die SU zu sprengen. Seine Klaviatur reicht von Grotewohl-Briefen und Verbrüderungsangeboten bis zu drohenden Panzeraufmärschen. Die Front aufspalten ist sein Ziel und als "Kronprinz der Sowjet-Union" dienen ihm die ungeheuren Mittel eines riesigen totalitären Staates. Gegen ihn aber steht eine ihm völlig unbekannt Komponente, der Freiheitswille der westlichen Welt.

Friedensaktion der nordischen Länder
Von unseren skandinavischen K.V.-Korrespondenten

Die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften der vier nordischen Länder Schweden, Dänemark, Norwegen und Island haben in diesen Tagen eine gemeinsame Friedensaktion gestartet, die in den kommenden Wochen im Mittelpunkt des Interesses dieser vier Länder stehen wird. Das Friedensprogramm wurde gleichzeitig in den zentralen Parteiorganen aller vier Länder veröffentlicht und gemeinsame Plakate, die die Flagge der UNO zeigen, unter der sich die Nationalsymbole der vier nordischen Länder vereinen, verkünden den gemeinsamen Willen, den Frieden in Freiheit zu gewinnen.

Es sind die mächtigsten Organisationen der vier Länder, die sich zu dieser Friedensaktion zusammengeschlossen haben. Insgesamt repräsentieren sie 2 286 000 Gewerkschaftsmitglieder und 1 060 000 Mitglieder der Sozialdemokratie. Bei den letzten Reichswahlen konnten diese Organisationen in Schweden 48,7%, in Norwegen 45,7%, in Dänemark 39,6% und in Island 16,5% aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen.

Das nordische Friedensprogramm nimmt konkret Stellung zu allen brennenden Problemen der Zeit. In 10 Punkten fasst es die Voraussetzungen für den Weltfrieden zusammen. In den Punkten 6 und 7 nimmt es zu den zentraleuropäischen Problemen Stellung und fordert:

"(6) Der Friede in Europa kann nicht gesichert werden, ohne ein freies selbständiges und demokratisches Deutschland, das zusammen mit den übrigen Nationen seinen Platz in der UNO erhält. Dem Wunsch des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung durch wirklich freie Wahlen im ganzen Lande muss willfahren werden."

"(7) Die Grossmächte müssen endlich ihr Versprechen einlösen, Oesterreich die Selbständigkeit wiederzugeben."

Das nordische Friedensprogramm schliesst mit folgenden Worten: "Weil wir so stark den Ernst der Lage fühlen, richten wir einen eindringlichen Appell an alle friedliebenden Menschen, sich um dies Programm für Frieden und Zusammenarbeit zu scharen. Es handelt sich um nichts Geringeres als um die Zukunft der Menschheit und das Bestehen der Zivilisation."

+ + + + +

Das schlechte Gewissen des Innenministers

J.F.W. Innenminister Dr. Lehr versucht, seine schlechte Position in der Kampagne gegen den NWDR-Kommentator Peter v. Zahn durch nachträgliche Erklärungen zu verbessern. Er hat sie nur verschlimmert. Auf die verdiente Zurückweisung, die sein Versuch, die Meinungsfreiheit des Rundfunks zu gängeln, durch Dr. Schumacher erfuhr, hat Dr. Lehr mit einer Erklärung geantwortet, die den Fehler hat, keine Erklärung zu sein. Plötzlich spricht er nicht mehr von dem Kommentar Peter v. Zahns zur Mitbestimmung, von dem allein sein Brief an den Generaldirektor des NWDR handelte und mit dem er Zahn das Mikrophon sperren wollte, sondern beschwert sich das längeren über Ausführungen des bayrischen Staatskommissars Dr. Auerbach.

Gewiss, Dr. Auerbachs Äusserungen über die Landsberger Verurteilten waren wenig glücklich; aber warum fällt das dem Bundesinnenminister erst jetzt ein? In seinem Brief an Dr. Grimme nahm er doch auf Dr. Auerbach mit keinem Wort Bezug. Es wirkt wenig überzeugend, wenn er jetzt seinen Angriff gegen die Meinungsfreiheit des Rundfunks mit Hinweisen auf die Äusserungen Dr. Auerbachs stützen will, die für ihn ursprünglich gar nicht zur Debatte standen. Solche Ablenkungsmanöver verraten uns eins: schlechtes Gewissen.

Dr. Lehr hat den Verwaltungsrat des NWDR zu einer Aussprache über Fragen der Meinungsfreiheit im Rundfunk eingeladen. Diese Unterhaltung kann für Dr. Lehr nur gewinnbringend sein, ist doch der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Prof. Dovifat, als bekannter Zeitungswissenschaftler der gegebene Mann, das Wissen des Innenministers um das Recht der freien Meinungsäußerung in der Publizistik zu erweitern - ein Gebiet, auf dem ihm offenbar noch manches unklar ist.

Logik à la Goebbels

(sp.) Um eine verspätete Rehabilitierung des Nationalsozialismus - wir wollen hoffen: ungewollt - bemüht sich die "Wirtschaftsrevue" in einer an sich berechtigten und durch amerikanische Zeugen beglaubigten Kritik an der Politik Roosevelts gegenüber dem Bolschewismus. Die Zeitung zitiert den ehemaligen US-Botschafter in Moskau und Paris, William Bullitt, der nachweist, wie in den Vereinigten Staaten in der Aera

Roosevelt Verwaltung, Meinungsbildung und Diplomatie mit Kommunisten durchgesetzt wurde. "Kein Wunder also", so springt die "Wirtschaftsrevue" kühn und unvermittelt von den USA über den Ozean nach Westdeutschland, "dass man in der Bundesrepublik jenen Subjekten, die wegen "Zersetzung der Wehrmacht" eingesperrt waren, Entschädigungsgelder zahlen muss..." und "dass Individuen, die wegen Hoch- und Landesverrats verurteilt waren, nach wie vor geradezu als Repräsentanten der deutschen Demokratie betrachtet und dementsprechend materiell begünstigt werden."

Demnach könnte Dr. Goerdeler, hätte er den Nationalsozialismus überlebt, heute nicht als einer der Repräsentanten der deutschen Demokratie betrachtet werden. Es hat aber - im kleineren Maßstab - in Deutschland viele Goerdeler gegeben, die mit dem Nationalsozialismus nicht einverstanden waren und deshalb unter dem im Krieg immer populären Motto "Zersetzung der Wehrmacht" dem Henker oder dem KZ überliefert wurden, ohne dass sie Kommunisten waren. Mit anderen Worten: der Widerstand gegen den Nationalsozialismus kam nicht nur von den Kommunisten (die sich bis zum Sommer 1941 sogar an einen von Moskau befohlenen "Waffenstillstand" hielten), sondern weitaus stärker von den Nichtkommunisten, die auch heute wieder grösstenteils die Eckpfeiler im Kampf gegen den roten Totalitarismus sind. Nach der Logik der "Wirtschaftsrevue" hätte aber jeder, der gegen den Nationalsozialismus ankämpfte, wie Roosevelt zur heutigen Stärke Russlands beigetragen. Das war auch die Beweisführung Goebbels, als er den NS-Baden unter seinen Füßen schwanken sah.

Nachrichten aus der Ostzone:

Kriegsmaterial aus "volkseigenen" Betrieben

(sp) Das heute volkseigene Werk Maschinen-AG Schwarzkopf bei Königswusterhausen stellt seit rund einem Jahr laufend vierachsige Waggonunterbauten und Fahrgestelle her. Die Waggon, die als Haldenpflüge nach der Sowjetunion geliefert wurden, werden in sowjetischen Rüstungswerken zu modernen Eisenbahngeschützen umgebaut. Bis jetzt wurden 50 solcher Waggonunterbauten an die SU geliefert. Die Bezahlung geschieht über das Reparationskonto der Sowjetzonenregierung.

+

In der Munitionsfabrik Töppin (Mark) werden laufend wöchentlich 30 Waggon fertiger Munition verladen. Bis vor acht Wochen betrug der wöchentliche Ausstoss rund 16 Waggon. Die Verwaltung des Werkes liegt in sowjetischer Hand. Die Arbeiterschaft besteht aus besonders ausgesuchten deutschen Arbeitern.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt